



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Horst Arnold, Martina Fehlner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Florian Ritter, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Klaus Adelt SPD**

Haushaltsplan 2015/2016;

**hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizwachtmeisterdienst: 100 neue Stellen für Justizoberwachtmeister und Justizoberwachtmeisterinnen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Stellenplan im Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) werden im Tit. 422 01 (Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen) im Haushaltsjahr 2015 100 Planstellen der BesGr A 4 neu ausgebracht.

Infolge der neuen Stellen erhöht sich die Stellenzahl der BesGr A 4 (Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen) im Haushaltsjahr 2015 von 69 Planstellen auf 169 Planstellen und im Haushaltsjahr 2016 ebenfalls von 69 Planstellen auf 169 Planstellen.

Die neu ausgebrachten Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Entwurf Haushaltsgesetz 2015/2016 zum 1. Oktober 2015 besetzbar.

Zur Finanzierung der neu ausgebrachten Planstellen wird im Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) der Ansatz im Haushaltsjahr 2015 von 458.640,4 Tsd. Euro um 656,5 Tsd. Euro auf 459.296,9 Tsd. Euro und der Ansatz im Haushaltsjahr 2016 von 467.214,8 Tsd. Euro um 2.625,8 Tsd. Euro auf 469.840,6 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Eine der Reaktionen auf den Mord am Staatsanwalt Tilmann Turck am Gericht in Dachau am 11. Januar 2012 war die Aufstockung des Justizwachtmeisterdienstes mit 140 Planstellen. 70 davon wurden zum 1. Juni 2012 besetzt, weitere 40 zum 1. März 2013 und die restlichen 30 zum 1. März 2014. Die neuen Planstellen wurden in der BesGr A 4 (10 Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen), BesGr A 5 (40 Justizhauptwachtmeister, Justizhauptwachtmeisterinnen), BesGr A 6 (60 Justizsicherheitssekretäre, Justizsicherheitssekretärinnen) und BesGr A 7 (30 Justizsicherheitsobersekretäre, Justizsicherheitsobersekretärinnen) ausgebacht.

Daneben wurde privates Sicherheitspersonal engagiert (300 Wachleute). 130 davon wurden zum 1. Februar 2012 engagiert, 100 weitere zum 1. April 2013 und 70 weitere zum 1. März 2014.

Das Sicherheitspersonal der privaten Sicherheits- bzw. Wachfirmen sollte den Justizwachtmeisterdienst nur vorübergehend unterstützen, ist jedoch mittlerweile zu einer dauerhaften Einrichtung im Eingangsbereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften geworden.

Die Antragsteller vertreten die Meinung, dass die Eingangskontrollen an den Gerichten und Staatsanwaltschaften ausschließlich durch Justizpersonal durchgeführt werden sollte. Sie beantragen daher die Neuausbringung von 100 Planstellen für den Justizwachtmeisterdienst. Die Stellen sollen in der BesGr A 4 (Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen) geschaffen werden.